EP-FR-01-775-2

C – Was Frieden schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Lior Smith (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu EP-FR-01

Von Zeile 775 bis 778:
Die Existenz und die Sicherheit ~~Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina.~~des jüdisch-demokratischen Staates Israel sind unverhandelbar. Für Frieden und Sicherheit sowohl in Israel als auch in den palästinensischen Gebieten benötigt es eine Grundlage für eine Zwei-Staaten-Lösung mit der Schaffung eines demokratischen und souveränen Staates Palästina. Darum braucht es neben unserer unerschütterlichen Solidarität mit Israel auch unsere konsequente Unterstützung einer palästinensisch-geführten demokratischen Bewegung. Ohne eine Stärkung der Stimmen pro-demokratischer Palästinenser*innen wird es auf lange Sicht unmöglich sein, zu einer Zwei-Staaten-Lösung zu kommen.
Bei den bislang vorherrschenden terroristischen Organisationen in den palästinensischen Gebieten gibt es qua der Definition von Terror keine an Gewaltlosigkeit und Frieden interessierten Verhandlungspartner*innen. Auch die autoritär geführte und demokratisch nicht legitimierte Regierung der Palästinensischen Autonomiebehörde unter Mahmoud Abbas zeigt bislang wenig konstruktive Tendenzen.
Als größte Geldgeberin soll die EU ihre Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete neben der humanitären Hilfe an den Aufbau demokratischer Institutionen und demokratischer Bildung knüpfen. Die EU muss den Zugang zu einer demokratischen und hassfreien Bildung für alle Palästinenser*innen sicherstellen und Projekte der Völkerverständigung zwischen Israel, den palästinensischen Gebieten und der umliegenden Nachbarstaaten fördern. Die Vernichtung Israels und seiner Bürger*innen ist ein integraler Bestandteil der Ideologie und der politischen Ziele von Hamas, Hisbollah und dem iranischen Regime. Deshalb fordern wir die internationale Strafverfolgung ranghoher Mitglieder von Hamas, Hisbollah und der iranischen Revolutionsgarde.
Der 7. Oktober soll auf EU-Ebene vor dem Hintergrund des terroristischen Überfalls auf Israel am 7. Oktober 2023 und der genozidalen Absicht der beteiligten Terrororganisationen als Gedenktag an das Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt werden.

Begründung

Im Angesicht des terroristischen Überfalls auf Israel am 7. Oktober 2023 ist aus demokratischer Perspektive eine Erweiterung der Passage zu Israel und den palästinensischen Gebieten notwendig geworden. Lasst uns unsere Menschlichkeit zeigen, insbesondere vor dem Hintergrund des Terrors und der judenfeindlichen Vernichtungsideologie des Nationalsozialismus, der Schrecken, Leid und Narben über ganz Europa gebracht hat.

weitere Antragsteller*innen

Martin Schmid (KV Ennepe-Ruhr); Juni Schandl (KV Ortenau); Lena Christin Schwelling (KV Ulm); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Daniel Navon (KV Frankfurt); Finn Schwarz (KV Tübingen); Ali Khademolhosseini (BV Bundesverband); Aaron Leonard Smith (KV Stuttgart); Anna Abbas (KV Gelsenkirchen); Anna Peters (KV Emmendingen); Mareike Blümle (KV Karlsruhe-Land); Franziska Tell (KV Bremen-Nordost); Katharina Zimmer (KV Stuttgart); Justus Heuer (KV Jena); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Pascal Haggenmüller (KV Karlsruhe-Land); Malte Gallée (KV Bamberg-Stadt); Elly Reich (KV Karlsruhe); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); sowie 42 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.